

## **Protokoll:**

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig nimmt einleitend Stellung zum Haushaltsgenehmigungsverfahren 2017. Der Haushalt 2017 sei der beste seit 8 Jahren und der einzige ausgeglichene Ergebnishaushalt einer Großstadt in Rheinland-Pfalz. Bei dem stattgefundenen Termin bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion habe er einen positiven Eindruck bezüglich des Genehmigungsverfahrens und einer zügigen Entscheidung gehabt. Nun habe die ADD allerdings die 2-Monatsfrist zwischen Einreichung des Antrags und Ergehen der Verfügung durch das Anfordern zusätzlicher Unterlagen mehrfach verlängert. Gegenüber der ADD sei daher deutlich gemacht worden, dass dieses Verfahren in der heutigen Ratssitzung kritisiert werden würde. Die Haushaltsverfügung würde zwischenzeitlich vorliegen. Er übt Kritik an der Verfahrensweise der ADD, mehrfach zusätzliche Unterlagen anzufordern und dadurch die Genehmigungsfrist immer weiter hinauszuschieben. Die Haushaltsverfügung sei nicht vollständig, da der Stellenplan abgetrennt worden sei. Dies sei ebenfalls nicht hinnehmbar.

Zudem beanstandete die ADD den Haushalt und erwarte Einsparungen im freiwilligen Leistungsbereich von 1 Mio. € oder eine entsprechende Erhöhung der Steuern. Der freiwillige Leistungsbereich bilde nur einen Bruchteil des Haushaltes der Stadt. Zudem seien in den vergangenen Jahren bereits sehr starke Reduzierungen im freiwilligen Leistungsbereich erfolgt, sodass weitere Reduzierungen nicht machbar seien. Die Erhöhung von Grund- und Gewerbesteuer finde im Stadtrat keine Mehrheit. Aus diesem Grund habe er der ADD als Kompromiss vorgeschlagen, die Vergnügungssteuer auf Glücksspielautomaten um 2 Punkte zu erhöhen. Zudem sei aufgrund des bisherigen Mitteleingangs bei der Gewerbesteuer 2017 eine Erhöhung des Ansatzes um 7 Mio. € möglich. Diesen Vorschlag habe die ADD abgelehnt, da sie den Punkt mit der Gewerbesteuer als nicht nachhaltig genug ansehe.

Aus diesem Grund habe die Verwaltung die vorliegende Resolution sowie den Widerspruch gegen die Haushaltsverfügung erarbeitet und empfehle dem Stadtrat Zustimmung hierzu. Die jahrelange Haushaltskonsolidierung der Stadt werde durch die ADD nicht hinreichend gewürdigt.

CDU-Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer führt aus, die Haushalte der Stadt Koblenz nähmen seit dem Jahr 2015 eine positive Entwicklung. Die Steuereinnahmen der Stadt Koblenz im Jahr 2016 im Vergleich zum Jahr 2015 seien um 25,2 % gestiegen. Der vorgelegte Haushaltsentwurf für 2017 weise im Ergebnishaushalt erstmals einen Überschuss aus. Die Sicherung des Bestandes der freiwilligen Leistungen sei bereits durch Steuererhöhungen in den vergangenen Jahren erfolgt, sodass die diesbezügliche Auflage der ADD nicht nachvollziehbar sei. Zudem komme das Land seinen finanziellen Verpflichtungen nicht nach. Die 2-monatige Bearbeitungsfrist der ADD bewirke, dass der Haushalt nun frühestens in der zweiten Jahreshälfte wirksam werde. In dieser Zeit könne der Haushaltsentwurf nicht mehr vollständig umgesetzt werden. Den beiden Beschlussvorlagen werde die CDU-Fraktion stimmen.

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann erklärt, die Stadt Koblenz habe in den vergangenen Jahren Sparen mit Augenmaß bewiesen. Reines Sparen ohne Investitionen führe nicht zum Erfolg. Unter anderem die guten Gewerbesteuereinnahmen seien das Ergebnis einer ausgeglichenen Sparpolitik. Der Hebesatz der Gewerbesteuer befinde sich mittlerweile in einem empfindlichen Bereich, weshalb weitere Erhöhungen negative Auswirkungen haben könnten. Mit Blick auf die Mietpreise sei auch eine Erhöhung der Grundsteuer kritisch zu sehen. Die

Sparbemühungen der letzten Jahre müssten angemessen gewürdigt werden. Die SPD-Fraktion werde daher ebenfalls den Beschlussvorlagen zustimmen.

Rm Ackermann (Vorsitzender Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) stellt die positiven Ergebnisse der Haushaltsstrukturkommission heraus. Der Druck der ADD, sich an höhere Steuersätze anderer Kommunen anzupassen, sei ein grober Eingriff in die Souveränität der Stadt Koblenz. Hierdurch solle der Anteil, den der Bürger am Staat zahlt, immer höher werden. Dies sei nicht akzeptabel.

Rm Wefelscheid (BIZ-Fraktion) stellt fest, dass es trotz der enormen Sparanstrengungen der letzten Jahre gelungen sei, Koblenz als einen attraktiven Standort auszubauen. Dies sei der Grund für die guten Steuereinnahmen. Der Hebesatz der Gewerbesteuer befinde sich derzeit bereits auf einem hohen Niveau, weshalb die Forderung nach weiteren Erhöhungen als standortgefährdendes Kaputtsparen zu bezeichnen sei. Die BIZ-Fraktion werde den Vorlagen ebenfalls zustimmen.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke drückt aus, die Stadt Koblenz werde für ihre Sparanstrengungen durch das Verhalten der ADD bestraft. Die freiwilligen Leistungen seien das, was Koblenz attraktiv mache und für Bevölkerungszuwachs Sorge. Die Vorlagen würden von der FBG-Fraktion begrüßt.

Rm Schupp (Vorsitzender FDP-Fraktion) erklärt, die Kommunen würden jedes Jahr durch Gesetze von Bund und Land mit 202 Mio. € belastet, ohne hierfür Ausgleichszahlungen in ausreichender Höhe zu erhalten. So lange sich dies nicht ändere, werde die FDP-Fraktion keinen Steuererhöhungen zustimmen. Die Haushaltsstrukturkommission habe gute Sparerfolge erreicht. Für die unternommenen Sparbemühungen müsse eine Würdigung durch die ADD erfolgen. Die FDP-Fraktion werde den Vorlagen zustimmen.

Rm Paul (AfD-Fraktion) weist darauf hin, dass bei den Gewerbetreibenden irgendwann eine Belastungsgrenze erreicht sei und dann die Gefahr der Abwanderung bestünde. Steuererhöhungen würden zulasten des Wirtschaftsstandortes Koblenz gehen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig führt aus, die Zuordnung der Wirtschaftsförderung zu den freiwilligen Leistungen sei nicht sachgerecht, da die Aktivitäten der Wirtschaftsförderung einen erheblichen Anteil daran hätten, dass der Wirtschaftsstandort Koblenz so groß sei wie er ist. Dies gelte analog auch für den Kulturbereich. Die freiwilligen Leistungen trügen zu einer guten Infrastruktur und Lebensinfrastruktur der Stadt Koblenz bei.